Dialog Wissenschaft : Politik im europäischen Kontext

Autor(en): **Fill, Anna / Bamert, Brita**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden = Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université**

Band (Jahr): **47 (2021)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-966146

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dialog Wissenschaft – Politik im europäischen Kontext

Anna Fill* und Brita Bamert*

1. Aufgaben eines gemeinsamen Dialogs

In den letzten Jahren ist die Forderung der Öffentlichkeit nach einem vermehrten Dialog zwischen der Wissenschaft und der Politik auf europäischer und internationaler Ebene zunehmend dringlicher geworden. Gesellschaftliche Herausforderungen wie zum Beispiel der Klimawandel oder die Corona-Pandemie manifestieren sich mehr und mehr, und es besteht ein grundlegender Konsens, dass Lösungen für solche globalen Probleme unter anderem eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik erfordern. Es ist bekannt, dass ein solcher Austausch das Potential hat, Lösungsansätze für manche drängenden Fragen zu liefern.[1] Entsprechend können Handlungen eingeleitet und politische Initiativen gesetzt werden.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und Politik hat aber nicht nur diese Funktion. Neben möglichen Handlungsansätzen für die Politik leistet dieser Dialog weitere wichtige Beiträge, die der Öffentlichkeit trotz ihrer Bedeutung weniger bekannt sind. Unter anderem kann ein erfolgreicher Dialog zwischen Wissenschaft und Politik wesentlich zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene beitragen.

Der vorliegende Artikel möchte anhand des Beispiels der vergangenen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Rahmenprogramme für Forschung und Innovation Möglichkeiten aufzeigen, wie man den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik auf multilateraler Ebene gestalten kann und welche Resultate dieser Austausch in der Vergangenheit hervorgebracht hat.

Der erste Teil des Artikels beschäftigt sich mit der Dialoggestaltung zwischen Wissenschaft und Politik anhand der etablierten institutionellen Kommunikationswege in der europäischen Zusammenarbeit aus Schweizer Sicht. Im zweiten Teil schildern wir bisherige Erfolgsgeschichten und gehen kurz auf Hindernisse bei diesem Dialog ein. Insgesamt wird aufgezeigt, dass die bisherige, auf offenem Dialog basierende Form der schweizerischen und europäischen Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation für beiden Seiten vorteilhafte Vereinbarungen ermöglicht hat.

2. Ausgestaltung des Dialogs

Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik geschieht auf unterschiedliche Weise. Nachfolgend werden die etablierten offiziellen Kommunikationswege der multilateralen Zusammenarbeit im Europäischen Forschungsraum (European Research Area, ERA) aufgezeigt.[2]

* Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, 3003 Bern.

E-mail: *anna.fill@sbfi.admin.ch*

Anna Fill, Dr.rer.soc., ist seit 2019 als wissenschaftliche Beraterin beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation im Ressort EU-Rahmenprogramme tätig. In dieser Funktion betreut sie als Delegierte und Mitarbeiterin die folgenden Gremien: European Research Area and Innovation Committee (ERAC), European Strategy Forum on Research Infrastructures (ESFRI), ESFRI Working Group on Implementation und Cluster 2, «Culture, Creativity and Inclusive Society» im Kontext der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation. Zuvor war Fill Post-Doktorandin am Lehrstuhl für Vergleichende und Europäische Politik an der Universität Bern. Ihre Forschungsinteressen umfassen vergleichende Forschungspolitik, Wohlfahrtstaaten und politische Ökonomie in Europa. Fill hat einen Doktortitel in Politikwissenschaft von der Universität Bern, einen Master in Political Economy von der London School of Economics und Political Science und einen Bachelor in Politikwissenschaften von der Universität Wien. Während ihres PhD-Studiums absolvierte sie einen sechsmonatigen Forschungsaufenthalt am Government Department der Harvard University. Vor ihrem PhD-Studium arbeitete Fill im österreichischen Bundeskanzleramt und für eine politische Beratungsfirma.
Photo: Anna Fill

E-mail: *brita.bamert@sbfi.admin.ch*

Brita Bamert, MSc, ist seit 2021 als wissenschaftliche Beraterin beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation im Ressort EU-Rahmenprogramme tätig. In dieser Funktion betreut sie als Delegierte und Mitarbeiterin die folgenden Gremien: Marie Skłodowska-Curie Actions (MSCA), Standing Working Group on Human Resources and Mobility (SWG HRM) und den Bereich Advanced Digital Skills im Digital Europe Programme (DEP) im Kontext der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation. Zuvor war Bamert im Bereich Internationalisierung von Hochschulen tätig. Ihre Forschungsinteressen umfassen Internationale Politik, Science Diplomacy, und Interkulturelle Kommunikation. Bamert hat einen Master in Internationaler Entwicklungszusammenarbeit und Projektmanagement von der Universität Lund in Schweden und einen Bachelor in Internationalen Beziehungen von der Universität St. Gallen. Während ihres Master-Studiums absolvierte sie einen sechsmonatigen Forschungsaufenthalt im öffentlichen Sektor in Argentinien und war danach mehrere Jahre in Lateinamerika in der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit tätig.
Photo: Brita Bamert

1 Addressing societal challenges using transdisciplinary research. OECD (2020).

2 Europäischer Forschungsraum. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021b).

2.1. Mögliche Kommunikationswege

In der «Internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation», legt der Bundesrat fest, dass internationale Zusammenarbeit und Wettbewerb integrale Bestandteile der Politik der Schweiz zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation sind.[3] Diese internationale Zusammenarbeit benötigt etablierte Kommunikationswege zwischen der Wissenschaft und der Politik, die sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene wirken.

2.1.1. Institutionelle Kommunikationswege

In der länderübergreifenden Forschungszusammenarbeit werden Strategien und politische Initiativen gemeinsam in den offiziellen internationalen Gremien und Komitees diskutiert und definiert. Im Falle der Rahmenprogramme für Forschung und Innovation der Europäischen Union (EU) müssen die teilnehmenden Länder in diesen Gremien durch ihr jeweils zuständiges nationales Ministerium vertreten sein, um Interessenskonflikte von direkt betroffenen und möglichen Mittelempfängern zu vermeiden. Gemäss Artikel 6 Absatz 4 der Organisationsverordnung des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vertritt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Schweiz in den internationalen Komitees und Gremien im Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich. Es handelt sich dabei um den institutionellen Kommunikationsweg zwischen der Schweiz und den europäischen Gremien, der auch als Komitologie bezeichnet wird.

Die Komitologiearbeit beinhaltet die Vertretung der Schweiz an den Sitzungen der Programmkomitees und Strategiegremien, in welchen die Ausschreibungen in den verschiedenen Programmbereichen und die übergeordnete Forschungs- und Innovationspolitik definiert und verabschiedet werden. Es werden zudem Strategien zu hochspezialisierten wissenschaftlichen Fragen in allen von den Rahmenprogrammen abgedeckten Themengebieten erarbeitet. Weil es sich dabei mehrheitlich um einen Top-Down-Prozess handelt, bei dem der zu verfolgende Forschungsansatz in jeder Disziplin vom entsprechenden Programmkomitee definiert wird, bestimmt die Schweizer Delegation die Stossrichtung und Ausgestaltung der europäischen Forschungspolitik in diesen Bereichen mit.

Dafür muss die Schweizer Delegation die nationale Forschungs- und Innovationslandschaft kennen. Die Sicherstellung des beidseitigen Informationsflusses mit den schweizerischen Forschungs- und Innovationsakteuren ist somit ein weiterer wichtiger Aspekt der Gremienvertretung. Um eine konsolidierte Meinung und Interessenvertretung einzuholen, hat jede Delegationsleitung eines spezifischen Themengebiets eine sogenannte Support Group. In diesen sind themenspezifische Stakeholder der Schweiz vertreten, die sich auf Initiative der Delegationsleitung mehrmals jährlich zum Austausch treffen. Dabei werden die Stakeholder zugleich über die wichtigsten Entwicklungen in ihrem jeweiligen Forschungsbereich auf europäischer Ebene in Kenntnis gesetzt. So entsteht sowohl für die Stakeholder als auch für die nationalen Vertretungen ein gewinnbringender beidseitiger Austausch.

Zudem werden, je nach Thema, fakultativ Expertinnen und Experten hinzugezogen, die umfangreiches Fachwissen mitbringen und die themenbezogene nationale Forschungslandschaft umfassend kennen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Delegationsleitenden in wissenschaftlicher Hinsicht zu unterstützen, damit diese nationale Forschungs- und Innovationsstrategien und -schwerpunkte identifizieren, analysieren und priorisieren können.[4]

2.1.2. Multilaterale Zusammenarbeit

Innerhalb der multilateralen Gremien werden gemeinsam mit den involvierten Parteien Rahmenbedingungen für die länderübergreifende Forschung und Innovation geschaffen. Neben der Ausarbeitung der themenspezifischen Arbeitsprogramme sind auch die Reflexion und Diskussion zur Global Governance von Bedeutung.

Dort, wo global anzugehende Herausforderungen zu lösen sind, ist ein Wissensaustausch mit ausländischen Akteuren zwingend. Auch wo die kritische nationale Grösse oder die für bestimmte Forschungszwecke erforderlichen natürlichen oder klimatischen Voraussetzungen fehlen, ist die multilaterale Forschungszusammenarbeit erforderlich.

Vor diesem Hintergrund sind zum Beispiel grosse Forschungsinfrastrukturen zu erwähnen, bei welchen der finanzielle Aufwand für Bau und Betrieb für ein einzelnes Land nicht sinnvoll (und politisch daher schwer vermittelbar) wäre, da der Kreis potentieller nationaler Nutzer in der Regel beschränkt ist. Abgesehen von seiner Finanzierung erfordert ein solches Unterfangen Ideen und technisches Know-how, das von den besten Spezialisten weltweit eingebracht werden muss. Die

3 Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (Seite 2). Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021c).

4 In der Schweiz entstehen solche strategischen Ausrichtungen meist bottom-up durch Initiative der thematischen Forschungsgemeinschaften.

Schweiz beteiligt sich daher an zahlreichen multilateralen Forschungsinfrastrukturen und -organisationen, wie zum Beispiel am Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), welches von der Schweiz mitbegründet wurde, oder auch an ACTRIS,[5] einer Europäischen Forschungsinfrastruktur im Bereich der Atmosphärenforschung, die auf der ESFRI Roadmap[6] ist und national durch das Paul-Scherrer-Institut vertreten wird. Das CERN, als dessen Sitzstaat sich die Schweiz zusammen mit Frankreich engagiert, ist ein weiteres prominentes Beispiel für eine Beteiligung an einer internationalen Forschungsorganisation.

Ebenso ist der multilaterale Dialog in denjenigen Bereichen unabdingbar, in welchen die gemeinsame Forschungsarbeit auf Hindernisse stösst und grenzübergreifende Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingung notwendig sind. Dies wird bei der Förderung der Mobilität von Forschenden sichtbar. Denn Forschende aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Sozialsystemen und Arbeitsbedingungen, die untereinander nur schwer kompatibel sind, müssen sich auf übergreifende Rahmenbedingungen verlassen können. Auf der multilateralen Policy-Ebene werden solche Herausforderungen gemeinsam erkannt und bearbeitet, um die Mobilität von Forschenden und somit den globalen Wissensaustausch sicherzustellen.

Im Gegensatz zu internationalen Gremien im bilateralen Setting, wo es generell mehr um Kontaktpflege geht, zeichnet sich die Arbeit der Delegierten für die EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation durch eine Kombination von internationaler Forschungs- und Innovationspolitik in allen Themenbereichen mit ausgesprochen detaillierten wissenschaftlichen Inhalten und der Kenntnis von zahlreichen spezifischen Förderinstrumenten aus. Erst durch diese Scharnierfunktion können grenzüberschreitende Interessen der schweizerischen Forschung und Innovation in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen auf multilateraler Ebene eingebracht werden. Zudem entstehen fruchtbare Diskussionen mit den Delegationen anderer Länder mit dem gemeinsamen Ziel, für die Forschenden die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Exzellenz in der europäischen Forschung voranzutreiben. Ausserdem ist der internationale Wettbewerb in multilateralen Förderinstrumenten stärker als in bilateralen Projekten, da sich die Teilnehmenden mit zahlreichen Forschenden aus verschiedenen Ländern messen. Somit sind EU Förderzusprachen auch Auszeichnungen für internationale Exzellenz, die in einem nationalen oder bilateralen Setting nicht in vergleichbarem Mass zertifiziert werden können.

2.2. Bilanz der Zusammenarbeit

Nach dem Einblick in die Kommunikationswege und in die Gremienvertretung soll nachfolgend eine Bilanz der multilateralen Zusammenarbeit innerhalb der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation aufgezeigt werden. Wie hat sich dieser Dialograhmen auf Forschung, Politik und Gesellschaft ausgewirkt?

2.2.1. Forschung

Wie bereits erörtert, verfolgt die Dialogsetzung zwischen Forschung und Politik mehrere Ziele. Einerseits beabsichtigt sie, Schweizer Interessen und Fördermöglichkeiten für Akteure in Forschung und Innovation in der Schweiz auf europäischer Ebene zu stärken. Andererseits zielt sie darauf ab, gemeinsame Problemstellungen im Rahmen der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit zu erfassen und zu bearbeiten.

Anhand der Zusammenarbeit im Bereich der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation sowie durch die Kooperation im Europäischen Forschungsraum (European Research Area, ERA), können sowohl auf Schweizer wie auch europäischer Ebene Erfolge erzielt werden. So wurden beispielsweise neue Rahmenbedingungen für den europäischen Austausch, den Wettbewerb und die Zusammenarbeit für Forschende und Innovatoren in der Schweiz geschaffen. Durch den Dialog zwischen Forschenden in der Schweiz und den Schweizer Vertreterinnen und Vertretern in den Europäischen Gremien, können Forschungsinteressen von Schweizer Communities nach Europa getragen und im Gegenzug europäische Forschungsschwerpunkte, Kooperationsmöglichkeiten und Ausschreibungen in der Schweiz bekannt gemacht werden.

Die Möglichkeiten, sich international zu messen und zu vernetzen, die dieser Austausch im Kontext der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation mit sich bringt, wurden in der Schweiz stark genutzt und wirkten sich positiv auf die Kapazität und Exzellenz des Forschung- und Innovationsstandorts Schweiz aus.[7] Projekttragende in der Schweiz zeichnen sich in Bezug auf die erhaltenen Fördermittel, die Anzahl ko-

5 The Aerosol, Clouds and Trace Gases Research Infrastructure – ACTRIS (2021).

6 Das Europäische Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen (European Strategy Forum on Research Infrastructures, ESFRI), ist ein strategisches Instrument zur Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsinfrastrukturen (FI) und gibt die ESFRI Roadmap für Europäische FI raus, die neue FI-Projekte enthält und die Entwicklung der Forschungsinfrastrukturen darstellt, die derzeit auf der Roadmap stehen. ESFRI (2021).

7 Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen, Bericht 2019, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021a).

ordinierter Projekte und Beteiligungen oft durch eine überdurchschnittlich hohe Erfolgsquote aus.

Allein im 8. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation konnten Projekteilnehmende aus der Schweiz seit 2014 bislang über 2,5 Milliarden Franken an Fördermitteln sicherstellen (Stand September 2020).[8] In die Schweiz flossen die meisten Mittel bisher in Form von Stipendien des European Research Councils (ERC) zurück, aber auch Teilnehmende der Marie Skłodowska-Curie Actions (MSCA) und Projekttragende, vorab in naturwissenschaftlichen Disziplinen, konnten stark von den EU-Rahmenprogrammen profitieren. Die Institutionen des ETH-Bereichs sowie die kantonalen Universitäten sind die grössten finanziellen Nutzniesser in der Schweiz. Aber auch Forschungs- und Innovationsakteure aller Bereiche, wie namentlich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups konnten durch die finanziellen Mittel, die grenzüberschreitende Vernetzung und den Zugang zu internationalen Wertschöpfungsketten Vorteile nutzen.[9] Des Weiteren haben, gemäss einer im Jahr 2018 durchgeführten repräsentativen Umfrage, Teilnehmende der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation in der Schweiz im Zuge ihrer Projekte im untersuchten Zeitraum (2002–2018) um die 2700 Publikationen und Bücher publiziert (peer-review), 2300 Patente angemeldet und 1 000 Firmen gegründet. Zudem wurde in der Schweiz pro Projekt durchschnittlich ein permanenter Arbeitsplatz geschaffen und es entstanden zwei befristete Stellen.[10]

Neben der Vertretung in den Programmkomitees der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation ist der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik vor allem auch im Europäischen Forschungsraum (European Research Area, ERA) essentiell.[11] Hier konnte man in den letzten zwanzig Jahren durch den gemeinsamen Dialog die Rahmenbedingungen für die europaweite Zusammenarbeit in Forschung und Innovation massgeblich verbessern.

Zweifellos kann die Entwicklung und Umsetzung von Initiativen in der ERA auch ein langwieriger Prozess sein oder nicht immer zur vollen Zufriedenheit aller teilnehmenden nationalen Vertreterinnen und Vertreter gelöst werden. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die grosse Anzahl an nationalen Delegierten eine Vielfalt an länderspezifischen Forschungs- und Innovationssystemen vertritt und es schwierig sein kann, einen optimalen Konsens zur Lösung der Problemstellungen zu finden. Andererseits werden im Rahmen dieses Dialogs nur empfehlende und nicht verpflichtende «Politiken» erstellt und daher auch mit unterschiedlichen Tempi und Bemühungen umgesetzt.

Summa summarum konnten aber innerhalb der ERA viele Erfolge verzeichnet werden, welche ein Land im Alleingang nicht hätte erzielen können.[12] Durch den stetigen Austausch wurden geografische Hindernisse für die Mobilität von Forschenden und die Fragmentierung von Forschungskarrieren verbessert. Vor allem durch die Europäische Charta für Forschende[13] wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Die Charta wurde auch von den allermeisten Schweizer Forschungsinstitutionen übernommen und fungiert als richtungsweisendes Qualitätssiegel für Forschungseinrichtungen und Fördervereinigungen. Darüber hinaus unterstützt die Euraxess-Initiative die Mobilität und Karriereentwicklung von Forschenden durch Informationen und Unterstützungsdienste für die individuelle professionelle Weiterentwicklung. Forschende sollen in diesem Sinne grenzüberschreitend arbeiten, sich weiterbilden und global tätig sein können.[14]

Die Zusammenarbeit im Europäischen Forschungsraum führte zudem zur gemeinsamen Entwicklung von 55 europäischen Forschungsinfrastrukturen, woran in einigen Fällen auch Schweizer Partner teilhaben.[15] Darüber hinaus trug der Austausch stark zu Open Science-Initiativen bei, die Forschenden und der Gesellschaft den offenen Zugang zu kostenlosen und wiederverwendbaren wissenschaftlichen Informationen zu erleichtern suchen. Wichtig ist an dieser Stelle auch die die kürzlich ins Leben gerufene European Open Science-Cloud (EOSC), die mit einem gemeinsamen Cloud-Bereich für Forschungsdaten in Europa den offenen und gegenseitigen Wissensaustausch stärkt.

Der Wissensaustausch ist aber nicht nur für die Forschenden von grösster Bedeutung, um Entwicklungen global zu verfolgen und Studien durchzuführen oder zu wiederholen beziehungsweise zu prüfen. Er dient auch der Politik, um Benchmark-Werte und

8 Zahlen und Fakten zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021d).

9 Zahlen und Fakten zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation. Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021d).

10 Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen, Bericht 2019, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021a).

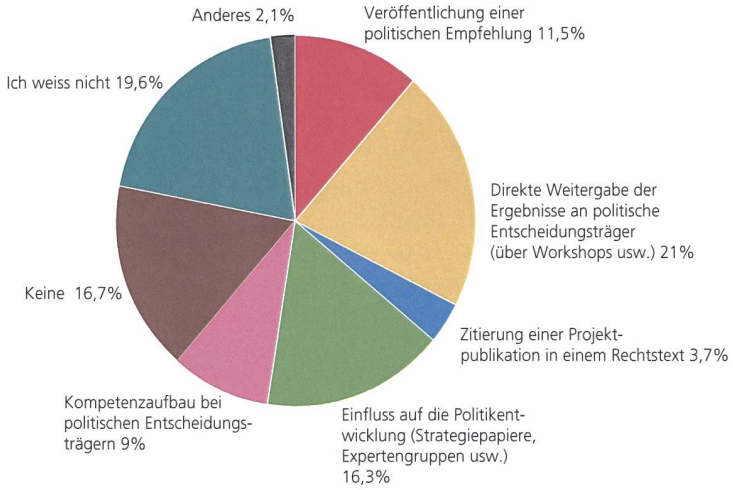
11 Europäischer Forschungsraum. Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021b).

12 Europäischer Forschungsraum. Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021b)

13 The European Charter & Code for Researchers, Euraxess (2021).

14 Euraxess (2021).

15 ESFRI Roadmap (ESFRI 2021).



Quelle: Befragung SBFI / Ipsos (GfK) (Fallzahl = 959)

Abbildung 1: Aufteilung der Forschungsprojekte nach den verschiedenen Kategorien der Umsetzung politischer Massnahmen.

Quelle: SBFI (2019). Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen, S. 64.

-Systeme in der Forschungs- und Innovationslandschaft und anderen wichtigen Bereichen der globalen Herausforderungen zu setzen und, wenn möglich, anhand dieser Daten Best Practice-Modelle zu eruieren.

2.2.2. Politik und Gesellschaft

Wie bereits illustriert, können durch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik auf multilateraler Ebene gemeinsam Lösungen für aktuelle globale Herausforderungen ausgearbeitet werden. So zielen einige wissenschaftliche Projekte darauf ab, forschungsbasierte Grundlagen für die Einführung politischer Massnahmen zu schaffen. Die Politik erhält in diesem Sinne von der Forschung wissenschaftlich fundierte Lösungsansätze für die Policy-Gestaltung in spezifischen Bereichen.

Prominente Beispiele hierfür sind die Bewältigung der Covid-19-Krise oder grenzüberschreitende Lösungsansätze für eine nachhaltigere Entwicklung und gegen den Klimawandel. Die Kollaboration zwischen Wissenschaft und Politik auf internationaler Ebene ist in diesen Fällen unabdingbar. Die Politik definiert dabei die Rahmenbedingungen für die Forschung, indem sie basierend auf den zu lösenden Herausforderungen den Bedarf an spezifischer Forschung anmeldet. Durch dieses sogenannte Top-Down-Verfahren werden auf politischer Ebene finanzielle Mittel und Humanressourcen auf ein bestimmtes Problem geleitet, um schnellstmöglich Lösungsansätze von der Forschung zu erhalten.

So haben europäische Forschungsgemeinschaften beispielsweis das European Covid-19 Data Portal gegründet, welches ihnen eine gemeinsame Nutzung, Teilung und Sammlung von verschiedenen Forschungsdaten mit Covid-19-Bezug ermöglicht.[16] Diese gemeinsame Anstrengung ist ein vorrangiges Pilotprojekt zur Realisierung der Ziele der European Open Science Cloud (EOSC).[17] Eine andere Brücke zwischen Wissenschaft und Politik stellt der Covid-19 Matchathon dar, welcher zum Ziel hatte, Zivilgesellschaft, Forschende, Partner und Investoren aus ganz Europa zusammenzubringen, um innovative Lösungen für die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus zu entwickeln.[18] Beide Initiativen wurden erfolgreich umgesetzt.

Darüber hinaus gab es auf gemeinsame Initiative der ERA Länder und der Europäischen Kommission hin den Entschluss, eine spezifische Ausschreibung im Kontext der EU-Rahmenprogramme zur medizinischen Bekämpfung von SARS-CoV-2 zu lancieren. Ein weiteres Beispiel der länderübergreifenden Kanalisierung von Ressourcen in der Forschung auf bestimmte Problembereiche ist der Green Deal Call[19], welcher unter dem 8. Rahmenprogramm, Horizon 2020, lanciert wurde und mit einer Milliarde Euro dotiert war. Diese Ausschreibung zielte darauf ab, Forschungs- und Innovationsprojekte zu fördern, die auf die Klimakrise reagieren und zum Schutz der einzigartigen Ökosysteme und der Biodiversität in Europa beitragen.

Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts können sich in der Gesellschaft aber auch in Form politischer Massnahmen konkretisieren, ohne dass dies im Vornherein geplant war. Eine Studie des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat gezeigt, dass gemäss den Befragten über zwei Drittel der Projekte der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation in der Schweiz einen Beitrag zur Umsetzung oder Erarbeitung politischer Strategien in der Schweiz leisteten.[20] Diese wurden zur Analyse in verschiedene Kategorien der Umsetzung politischer Massnahmen aufgeteilt (siehe Abb. 1).

Aus den 21% der Projekte, deren Ergebnisse direkt den politischen Entscheidungsträgern unterbreitet wurden, betrachten wir zwei genauer. Das eine Projekt trug zur Definition des Gesetzes über die Siedlungsentwässerung und den Gewässerschutz, den Geschiebehaushalt und Fischlifte bei. Das andere führte zur Veröffentlichung politischer Empfehlun-

16 European Covid-19 Data Portal (2021).
17 European Open Science Cloud. European Commission (2021).
18 EUvsVirus Challenge (2021).
19 European Green Deal Call. European Commission (2020).
20 Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen, Bericht 2019, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (2021a).

gen zur Erhaltung der Biodiversität angesichts der Auswirkungen des Klimawandels.[21]

Einem Anteil von 16% der Projekte wird ein Einfluss auf die Entwicklung politischer Massnahmen zugeschrieben und 12% der Projekte führten zur Veröffentlichung politischer Empfehlungen. Eines der Projekte hatte beispielsweise zum Ziel, die Einhaltung hoher ethischer Normen in der Forschung auf internationaler Ebene zu fördern, während ein anderes zur Entwicklung einer neuen Generation von Informatiksystemen beitrug. Letzteres führte zudem zur Veröffentlichung einer politischen Empfehlung.

Wissenschaftliche Ergebnisse dienen aber nicht nur der Politik oder der Wissenschaft, sondern auch der Gesellschaft. Geht das in einem Forschungsprojekt generierte Wissen in die Allgemeinbildung ein, ist dies als gesellschaftlicher Einfluss zu werten. Dies wird vor allem über Vorträge, die sich explizit an ein nicht-akademisches Publikum richten, sowie über Artikel und Interviews in den Medien, welche sich an die breite Bevölkerung richten, erreicht.

3. Künftige Dialoggestaltung

Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik hat viele Facetten und gewinnt national wie im europäischen Kontext an Bedeutung und Dringlichkeit. Wie dieser Artikel aufgezeigt hat, dient er der Vertretung von nationalen Forschungsinteressen und trägt zur Diskussion bezüglich Lösungen im Rahmen von globalen Herausforderungen und im Bereich der Hindernisse in der gemeinsamen Forschungszusammenarbeit bei. Dieser Dialog ist nicht einseitig gestaltet und bringt, wenn auch mitunter zeitverzögert, gewinnbringenden Vorteile für alle Parteien auf nationaler und europäischer Ebene, nämlich der Wissenschaft und der Politik.

Zum jetzigen Zeitpunkt[22] ist noch nicht geklärt, in welcher Form die Schweiz künftig am europäischen Dialog im Forschungs- und Innovationsbereich teilnehmen wird. Jedoch haben die letzten dreissig Jahre der Zusammenarbeit gezeigt, dass manche gesellschaftlichen Herausforderungen besser oder überhaupt erst gemeinsam denn allein gelöst werden konnten und dass Forschung und Innovation in ihrer Substanz in jedem Fall von gemeinsamer grenzüberschreitender Zusammenarbeit sowie von globalem Wettbewerb und partnerschaftlicher Vernetzung profitieren. ■

21 Die Projekte sind in der Umfrage anonym behandelt worden.

22 Stand: 21. Juni 2021

Bibliographie

ESFRI (2021). *https://www.esfri.eu/latest-esfri-news-covid-19-news/esfri-roadmap-2021-new-deadline-proposals* [11.06.2021]

EURAXESS (2021). The European Charter & Code for Researchers. *https://euraxess.ec.europa.eu/jobs/charter* [11.06.2021]

European Commission (2021). European Open Science Cloud. *https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/strategy/strategy-2020-2024/our-digital-future/open-science/european-open-science-cloud-eosc_en* [11.06.2021]

European Commission (2020). European Green Deal Call. *https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1669* [11.06.2021]

European Covid-19 Data Portal (2021). *https://www.covid19dataportal.org/* [11.06.2021]

EUvsVirus Challenge (2021). *https://www.euvsvirus.org/* [11.06.2021]

OECD (2020). "Addressing societal challenges using transdisciplinary research", OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, No. 88, OECD Publishing, Paris. *https://doi.org/10.1787/0ca0ca45-en* [11.06.2021]

Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021a). Auswirkungen der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen, Bericht 2019. *https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/dienstleistungen/publikationen/publikationsdatenbank/impact-2019.html* [11.06.2021]

Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021b). Europäischer Forschungsraum. *https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/forschung-und-innovation/internationale-f-und-i-zusammenarbeit/forschungsrahmenprogramme-der-eu/europaeischer-forschungsraum.html* [11.06.2021]

Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021c). Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (Seite 2). *https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/en/home/services/publications/data-base-publications/int-strategy-eri.html* [11.06.2021]

Staatsekretariat für Bildung Forschung und Innovation (2021d). Zahlen und Fakten zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation. *https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/forschung-und-innovation/internationale-f-und-i-zusammenarbeit/forschungsrahmenprogramme-der-eu/z-f-schweizer-beteiligung.html* [11.06.2021]

The Aerosol, Clouds and Trace Gases Research Infrastructure – ACTRIS. *https://www.actris.eu/about* [11.06.2021]